

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Redaktion: Wilhelmstr. 114 II. Telefon: Buchh. 3334 u. 3335.
Nachdruckverbot: Ritterstraße 34 (Keller).

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementpreis monatlich 1.50 M.
Anzeigenpreis: die 7 gespaltene Kondemne-Reihe 75 Pf.
Kleine Anzeigen Ueberschriftszeile 20 Pf. jede weitere Zeile 15 Pf.

Die Zwangsaushebung beginnt.

Der Mord und die Mörder.

Wir haben uns gestern mit dem Gericht beschäftigt, das die Untersuchung leitet, wie man sich ausdrückt.

Wir haben bezüglich der Haltung des Gerichts drei Essentials annehmen müssen je nachdem das Gericht die von uns mitgeteilten Tatsachen kannte oder nicht kannte.

Nunmehr bringt uns das Gericht der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, will sagen der Oberkriegsgerichtspräsident Jörn, von Essentialitäten abzusprechen.

Der Oberkriegsgerichtspräsident Jörn erklärt in den Zeitungen eine Erklärung, in der es heißt, daß das von uns mitgeteilte Material keineswegs neue Enthüllungen enthalte, sondern „nur das bisherige Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung“.

Das von uns mitgeteilte Material war also dem Oberkriegsgerichtspräsident Jörn bekannt.

Trotzdem das Material dem Gericht bekannt war, ist noch keiner der Mörder verhaftet.

Trotzdem das Material dem Gericht bekannt war, konnte es geschehen, daß der Haupttäter Kunge nach einem anderen Kruppenteil abgeschoben wurde.

Trotzdem das Material bekannt war, ist ein Haftbefehl gegen Kunge erst erlassen worden, als dieser in Sicherheit war.

Mit anderen Worten: Trotzdem der Mord und die Mörder vor jedermanns Augen überzeugend klar lagen, ist nichts geschehen zur Verhaftung, ist nur gesehen zum Entweichen der Täter.

Angesichts dieser Sachlage haben wir festzustellen: Von einer Rechtfertigung der Unfähigkeit des Oberkriegsgerichtspräsidenten Jörn kann keine Rede sein. Seine Untersuchungen sind so ungenügend, daß es der Fall war, der Schwere dieser Unzulänglichkeiten auf eine Weise geschloffen werden muß.

Allen den Mörder hat von heute an der Oberkriegsgerichtspräsident Jörn wegen Begünstigung auf der Anklagebank Platz zu nehmen.

Eine Regierung, die diesen Richter noch einen Tag im Amt läßt, richtet sich selber.

Wir können dem Oberkriegsgerichtspräsident Jörn gleichzeitig noch eine Antwort auf ein Schreiben geben, daß er in seiner Anwendung an die Parteien erwähnt und in dem er uns zur Bekanntgabe des Materials anfordert.

Dieses vom 11. Februar datierte und dem — wie ich aus der Gleichheit der Tinte erzieht — vom Oberkriegsgerichtspräsident Jörn eigenhändig auf den 10. „dortdatierte“ Schreiben erwiderte und gestern Abend. Der Oberkriegsgerichtspräsident Jörn habe also leicht, sich in seiner Mitteilung darauf zu berufen, daß wir ihn ohne Antwort gelassen haben.

Wir wollen ihm diese Antwort in aller Öffentlichkeit geben: Wir sammeln unser Material, damit wir diesen Mord aufklären. Wir geben diese in Gericht nicht einen freien Material in die Hand und wir glauben, auch dem oben Gesagten der Verpflichtung enthoben zu sein, zu sagen, warum.

Wir haben weiter zu sagen: Wenn das von uns veröffentlichte Material dem Gericht bekannt war, dann muß es auch der Regierung bekannt gewesen sein.

Landberg war der Berater der Regierung in dieser Angelegenheit.

Er ist Jurist, er dachte Selbst in diesen Dingen.

Er mußte das Verbrechen erkennen, daß hier in juristische Form gekleidet wurde.

Was hat er getan?

Was hat die Regierung getan?

Das ist — sollte man meinen — der Punkt, in dem alle Staatsweisheit aufhört und das Menschentum beginnt.

Es könnte nur eines sein, daß diese Herrschknechte der Bourgeoisie über diesem Handwerk schon alles Menschentum in sich selber erlöset haben.

Protest des Verteidigers Karl Radels.

Der Verteidiger Karl Radels, Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg, übermittelt uns den nachstehenden Protest:

„Karl Radel hatte mir ordnungsmäßige, schriftliche Vollmacht zu seiner Verteidigung erteilt. Auf Grund derselben erhielt ich heute von dem zuständigen Untersuchungsrichter die schriftliche Erlaubnis, Radel im Zellengefängnis Moabit, in dem er untergebracht ist, in seiner Gegenwart zu sprechen.“

Als ich mich zur vereinbarten Zeit im Gefängnis eingefunden hatte, und in die Zelle geführt worden war, in der Radel und der Untersuchungsrichter sich befanden, und kaum meine Unterredung mit Radel begonnen hatte, erschienen ein Leutnant und einige Soldaten des Regiments Reinhard. Sie verlangten, daß ich sofort die Zelle verlassen solle, da ich als Verteidiger Radel nicht ohne vorherige Erlaubnis des Obersten Reinhard sprechen dürfe.

Mein Protest hiergegen blieb unbeachtet. Der Leutnant, der sich auf mein Verlangen mit anerkennendem Eifer bemühte, des Obersten Reinhard habhaft zu werden, erreichte diesen schließlich nach anderthalbstündigen Bemühungen telefonisch im Restaurant Hiller. Oberst Reinhard verbot, auch nachdem er darauf hingewiesen worden war, daß ich von dem allein zuständigen Richter die erforderliche schriftliche Genehmigung hatte, mich zu Radel zu lassen, und erklärte, daß kein Verteidiger Radel ohne seine und des Oberstaatsanwalts schriftliche Genehmigung sprechen dürfe.

Nur an meinem energischen Protest gegenüber der von dem Leutnant unternommene Versuch, mir die von Radel erteilte Vollmacht abzunehmen.

Da es sich um ein höchst wichtiges Strafverfahren handelt, und da nach der Strafprozessordnung jeder Angeklagte das unentzerrbare Recht auf Verkehr mit seinem Verteidiger hat, und da ferner die ordnungsmäßige Genehmigung des hierfür allein zuständigen Untersuchungsrichters vorliegt, so stellt das vorstehend geschilderte Verhalten des Militärs einen Eingriff in die Rechtspflege dar, wie er bisher geradezu unerhört war. Selbst während des schlimmsten Wollens des Belagerungszustandes ist eine derartig kraße Gesetzeswidrigkeit nicht vorgekommen.

Sowohl zur Wahrung der Rechte des Angeklagten, wie zur Wahrung der Rechte des Verteidigers sehe ich mich deshalb genötigt, gegen diesen Skandal in aller Öffentlichkeit zu protestieren. Selbstverständlich habe ich auch bereits andere Schritte getan, um Remedur zu schaffen.

Gelegentlich meines kurzen Besuchs bei Radel mußte ich feststellen, daß derselbe in so schwerer eiserner Kette schmachtet, wie das keine der Mannmörderin nicht mehr üblich ist und bei politischen Gefangenen noch niemals vorgekommen ist.“

Die Unabhängigen und die U- und S-Räte.

Als auf dem ersten U- und S-Rätekongress die Frage über die Existenz der Arbeiter- und Soldatenräte entschieden wurde, arbeitete der linke Unabhängige, Gen. Däumig, mit voller Klarheit die Frage heraus, die zu entscheiden galt: soll Deutschland ein Staat der Arbeiter in Land und Stadt sein, die den mächtigen Hebel der Staatsgewalt im Zentrum und an einzelnen Orten gebrauchen, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen und den Sozialismus von unten aufbauen, oder soll es eine bürgerliche Republik werden, in der die Staatsgewalt dem Schutz des Kapitalismus dient? Ein Hüben und Drüben nur gilt, die Rhodus, hic salta! Da sprang der Führer der Unabhängigen, Herr Haase, auf und erklärte:

„Nach meiner Auffassung ist die Frage überhaupt nicht so zu stellen: Nationalversammlung oder Arbeiterparlament — sondern es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Räte ihre besondere Bedeutung noch behalten werden.“

Der Volksbeauftragte Haase erwies sich in dieser Lebensfrage des deutschen Proletariats, der deutschen Revolution, als das, was er während des ganzen Krieges und vom Anfang der Revolution war: als Feigenblatt der Scheidemännischen Mörder der Revolution. Mit seiner Lösung: hoch die Nationalversammlung mit der besonderen Bedeutung der U- und S-Räte, half er die Räte meucheln. Denn wären die Unabhängigen geschlossen auf dem Kongress aufgetreten gegen die Nationalversammlung als den Tod der Räte, sie hätten zwar nicht verhindern können, daß der Kongress, der, wie aus dem jetzt erschienenen Kongressprotokoll sich ergibt, in seiner Mehrheit aus Partei- und Gewerkschaftsbeamten bestand, den Räten das Todesurteil gesprochen hätte, aber dieses Urteil wäre ungeschminkt, offen, unverhüllt den Massen vorgelesen worden und sie würden wissen, woran sie sind. Nun, mit Hilfe der Führer der Unabhängigen wurde die Klarheit verunstaltet, die Massen irreführt. Gestützt auf das so bemäntelte, verhüllte Diktum des Kongresses ging die Scheidemann-Regierung an die Arbeit. Um der Nationalversammlung, der der Kongress der U- und S-Räte die Macht übergab, diese Macht wirklich auszuüben zu können, mußte die Regierung die Arbeiter entbewaffnen. Der Ueberfall auf die Volksmarinedivision, der Schürkenstreich gegen das rote Polizeipräsidium, die Wiedererwerb und Entwaffnung der Berliner und Bremer Proletarier war eine einfache Konsequenz des Beschlusses des Rätekongresses: wenn die Nationalversammlung die Macht haben soll, so dürfen sie natürlich die gegen sie gerichteten revolutionären Kräfte nicht haben. Wenn Herr Haase und die Seinen Seter und Mordio gegen die Feldzüge der Scheidemann und Ebert deswegen erheben, so kann ihnen Ebert und Scheidemann sagen: Du hast es gewollt, Georg Dandis. Ja, aber worin Gewalt, weshalb unterhandelt ihr nicht? Jammernd die Haase, und beweisen es, daß sie nicht gegen die Entwaffnung der Proletarier protestieren, sondern weil dieses hehre Ziel nicht auf dem Wege der Verhandlungen, der Mogelei, sondern der offenen Gewalt erreicht wird! Weil wir keine Tröste sind: antworten die Scheidemann: die Arbeiter sind keine Kinder, sie wissen, was das bedeutet, wehlos zu sein, sie werden sich wehren, da gilt es, ihren Widerstand zu brechen.

Um den Widerstand des Proletariats zu brechen, genügt es nicht, ihm die politischen Waffen zu rauben, es gilt, ihm auch die Organisations des Kampfes zu nehmen, d. h. die U- und S-Räte. Die Sozialpatrioten haben die Soldatenräte auf, indem sie durch ihren Kommandoerlass die Gewalt der kaiserlichen Offiziere wiederherstellen. Sie haben die Kommunalräte auf, indem sie ihnen den Zutritt zu den nicht öffentlichen Sitzungen der Magistrate verwehren und so selbst ihre Tätigkeit als Kontrollorgane unmöglich machen. Sie fordern von den Arbeiteräten, daß sie auf jede politische Tätigkeit verzichten und sich in Betriebsräte verwandeln, die die hehre Aufgabe haben, die Arbeiter zur Arbeit für die Kapitalisten anzuführen, für welche Tätigkeit die Kapitalisten bisher die Werkführer bezahlten mußten. Auch dies ist vollkommen logisch,

Proteststreik gegen den Schächter des finnischen Proletariats.

Stockholm, 13. Februar. (S. F. B.) Anlässlich des Besuchs von General Mannerheim beim schwedischen König fanden heute mittags zur Zeit der Ankunft des finnischen Präsidenten Straßenkundgebungen der Arbeiter statt. Die jungsozialistische Partei hatte gestern Abend eine Massenversammlung abgehalten, in der die Stockholmer Arbeiter aufgerufen wurden, ab 12 Uhr mittags zu streiken, um so gegen Mannerheim zu demonstrieren.

Die Gewerkschaften verlieren ihren Einfluß

Hagg, 13. Februar. Aus London wird gemeldet: In der Arbeiterbewegung scheinen große Dinge vor sich zu gehen. Die Stellung der Gewerkschaften hat die Führung der einzelnen Verbände aus den Händen verloren. Jeder einzelne Individualgewerkschaft eigene Arbeitsbedingungen, eigene Lohnsätze und eigene Arbeitsdauer. Für diese Woche sind drei große Arbeiterkongresse einberufen worden, um eine Einheitsfront zu erzielen. Die Delegierten von 200 000 Bergarbeitern werden in Souport zusammenkommen, die Vertreter von 400 000 Eisenbahnbeamten in London und von 300 000 Transportarbeitern ebenfalls in London. Es wird erwartet, daß wenigstens in der Frage der Arbeitsdauer eine Einigung zwischen den verschiedenen Arbeiterzweigen und Verbänden erzielt werden kann.

Die revolutionäre Streikwelle in England

L. U. Amsterdam, 13. Februar. Aus London wird gemeldet: Nach einem Bericht der „Daily Mail“ aus Birmingham haben die dortigen Behörden, die seit dem 2. Februar gebildeten U- und S-Räte aufgehoben. Als Protest gegen diese behördliche Maßnahme sind die Arbeiter im Birminghamer Gebiet in einen allgemeinen Streik eingetreten.

Basel, 13. Februar. Die „Tages“ haben die Streiklage in England für sehr ernst und haben in ihr die erste Phase sozialistischer Gänze. Nur andere Arbeiter können nur dem Irrtum, mit der Beobachtung einiger Streiks die Krise als überwunden zu betrachten.

Die Mobilisierung für den Ostkrieg.

Das Kriegsministerium hat nunmehr angeordnet, daß zur Verstärkung des Grenzschutzes im Osten Aushebungen in geringem Maße vorgenommen werden. Die Aushebung beschränkt sich lediglich auf die Provinzen Ost- und Westpreußen und auf ein Kontingent von nur 5000 Mann, welche den ausgebildeten Freikorps angegliedert werden. Nur die jüngsten Jahrgänge kommen für diese Aushebung in Betracht; vorläufig nur die Jahrgänge 1899.

Die Einladung auf den Pringeninseln.

London, 12. Februar. Die Postler Wittern werden am 14. auf die Pringeninseln angenommen hätten.

Zaristische Spitzelorganisation.

Die Gegenrevolution organisiert sich unter dem Schutze der Regierung mit Energie und Geschick, und sie greift die Methoden der zaristischen Henker und Spitzel bis auf das Feinste ab.

Ich habe keine Ansprüche auf Entschädigung. Ich verpflichte mich die Garde-Kaballerie-Schützen-Division oder im Falle von Unruhen sofort zur Verfügung des Einwohnervichts in Berlin zu stellen...

Ich habe keine Ansprüche auf Entschädigung. Ich verpflichte mich die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen und trotz für den Schutz der Nationalversammlung (in Berlin) und für die jegliche provisorische Regierung ein.

Die Verfeinerung der Besteuerungsmethode.

Durch Verfeinerung der Steuermethoden will Herr Erdmann, der neue Finanzminister, den offenen Bankrott des deutschen Reiches verhindern. Der Charakter dieser Verfeinerung ist schon bekannt.

So ist es recht! Nur fragen wir, wie denn die Verfeinerung der Steuermethoden aussehen soll. Die Arbeiter sind schon bis auf den letzten Pfennig ausgebeutet.

Aus Wallenstein's Lager.

Ein Genosse aus Plegenhals teilt uns mit: Seit wir in unserer Gegend den Grenzschutz haben, geht es los. In allen Dingen, in denen Säue sind, erzwangen die Soldaten...

Das grade Gesicht.

Nach dem 12. 2. 19. Allen Aufstrebungen, die gegen das Freikorps Brüßow, das zur Zeit im Kampfe gegen die polnischen Eindringlinge steht, erhoben worden sind, oder erhoben werden, tritt mit dem grade Gesicht eines Deutschen, der Kommandeur auf das entschiedenste entgegen.

Aus den A- und G-Räten.

Den Ober-Scheidemann-Roske gelangt nichts mehr. Kom haben sie die Soldaten in den Kasernen durch ihr provokierendes gegenrevolutionäres Verhalten überall zur Ungehörigkeit gebracht...

wird sie zusammenbrechen. Diese Entwicklung zu beschleunigen, die verbliebenen, verführten Freiwilligen mit allem Eifer auszulösen, ist Pflicht.

Roskes Telegrammkolleg.

In dem Streit zwischen dem kommandierenden General und dem Korps-Soldatenrat in Münster durfte, wie sich das von selbst versteht, auch Herr Roske nicht fehlen. Er meldete sich telegraphisch...

Wir haben wiederholt festgestellt, daß die Freiwilligenkorps nicht zum Einsatz, dagegen zur Bekämpfung der Klassenbetrogenen Arbeiterschaft benutzt wurden. Als Sozialdemokraten haben wir die Pflicht, bewacht konterrevolutionäre Kampfbildungen zu verhindern.

Endlich ein zufriedener Soldatenrat.

Der S-Rat des 10. Armeekorps verkündet: Es haben sich durch Klagen und Pressenotizen von verschiedenen Seiten schmerzliche Zweifel erhoben über die Arbeit und den Nutzen der Soldatenräte.

Ein Garnisonrat als Spitzelorganisation.

Der Stuttgarter Sozialdemokrat kann das folgende Geheimdokument veröffentlichen: Soldatenrat Stuttgart Garnisonrat. Stuttgart, 20. Januar 1919.

Die Post-Wingenberg wurde weiter verfolgt, konnte aber noch nicht weiter festgestellt werden. Post-Türmer belanglos. In Degerloch wurden spartakistische Umtriebe überwacht...

Sitzung der Soldatenräte des Gardekorps

Am 13. Februar verhandelte die Soldatenräte des Gardekorps über den Korps-Soldatenrat, den sie vor kurzem gewählt haben. Ein Generalkommando will ihn aus irgend welchen juristischen Spitzfindigkeiten nicht anerkennen...

Aus der Partei.

Neue Propagandaschriften.

In den letzten Tagen werden von Händlern angebliche Photographien von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vertrieben, die in Wirklichkeit andere Personen vorstellen.

In den nächsten Tagen erscheint: Lenin, Staat und Revolution. Bezugspreis für Organisationen 1 A., Verkaufspreis 2 A. — Buchhändlern wird der übliche Rabatt gewährt.

Die Propagandaschriften werden von den Bezirksführern ausgegeben. Persönliche Nachfragen auf dem Sekretariat erfolglos.

Gewerkschaften und Räteystem.

II.

In den Jugendjahren der modernen Arbeiterbewegung wurde lebhaft darüber gestritten, ob die Gründung gewerkschaftlicher Organisationen neben der Partei zweckmäßig sei.

Die Gewerkschaften setzten sich allmählich, namentlich in den Jahren 1890-1900 durch, ihr zahlenmäßig stärkstes Wachstum kam noch später. Die Gewerkschaftsführer setzten es als Pflicht der sozialdemokratischen Partei voraus, daß diese ihre Anhänger den Gewerkschaften zureibe.

Im Jahre 1891 schrieb das damalige Parteivorstandsmitglied Auer, der gewiß nicht im Verdacht des Radikalismus stand, in einem Briefe an die neugegründete Generalkommission der Gewerkschaften: Während früher die Gewerkschaften als ein paar selbständiger Zelle, aber immer nur als ein Teil der organisierten, kollektivierten Arbeiterbewegung betrachtet sein wollten...

Das Verhängnis nahm seinen Lauf. Zunächst verlor man die Gefahr nicht aus dem Auge. Dies äußerte sich darin, daß dem Gewerkschaftsbewegung von 1896 von den Metallarbeitern in Dresden, Nürnberg, Cannstatt und Hannover, den Schneidern Wilhelmshavens usw. Anträge vorgelegt wurden, die Generalkommission anzunehmen. In den einzelnen Gewerkschaften kamen ähnliche Anträge zur Diskussion...

Gewerkschaftliches und Soziales.

Die Wäcker

haben am Mittwoch beizugelassen, mit Rücksicht auf die Lenkung in eine Lohnbewegung einzutreten und eine Erhöhung des Tariflohnes auf 110 Prozent in Kleinbetrieben und 120 Prozent in größeren Betrieben zu fordern.

Der Streit der Berliner Versicherungsangestellten dauert an, da die Gesellschaften, die sehr gut in der Lage sind, die Forderungen der Angestellten zu bewilligen, sich dessen weigern.

Die Gewerkschaften wollen den Streit vor ein unparteiisches Schlichtergicht bringen.

Die freitenden Forderungsausgestellten und die Polizei. Wir hatten gestern früh folgenden Befehl veröffentlicht, den der Regierungssozialistische Kommandant von Berlin auf Wunsch der Wachenbesitzer an die Wachen erlassen hatte:

In vielen großen Betrieben wurden jüngst ungeschulte und verblödete arbeitswillige Arbeiter am Betreten der Betriebe durch die Wachen und Polizei, bestrafungslos eingeschleppt. Die Wachen haben in ihren Sicherheitsbestimmungen, dem Kommandanturbefehl Pers. 6210 vom 24. Januar 1919 nach Unterordnung durch die Polizei durch stark Patrouillen jede Anwesenheit auf der Straße und Aufgehörungen zu verhindern.

Daraufhin liegt der Vorwärts gestern Abend wie folgt los: Das äußere Bild dieser großen Streikbewegung sieht vorzeitlich ab von dem, was man früher gewünscht war, als noch die königlich preussische Polizei das Regiment in Berlin führte. Gewerkschaften und eine größere Zahl von Streikenden sieht man vor allen großen Gewerkschaftsbüros. Aber kein Schumann oder sonst ein Parteiführer ist zur Stelle.

